

# Was eCH zu digitalen Ausweisen beitragen kann

Zwischen Bangen und Hoffen: Kurz vor dem Volksentscheid hat sich der Verein eCH an der Abendveranstaltung 2025 mit der e-ID und der Wallet-App „swiyu“ beschäftigt. Die meisten Anwesenden wünschten sich, „dass es endlich losgeht.“

Erhält die Schweiz demnächst eine e-ID? Diese Frage stand im Raum, als sich der Verein eCH kürzlich in Bern zur traditionellen Abendveranstaltung versammelte. Gemäss Programm widmete sich diese zwar nicht den politischen Belangen des Vorhabens. Die geladenen Experten referierten vielmehr zur Basisinfrastruktur AGOV sowie zur Wallet-App „swiyu“. Wenige Tage vor der Abstimmung gab der Volksentscheid allerdings zu reden und es war eine gewisse Spannung spürbar.

## Einen entscheidenden Beitrag zum e-ID-Konzept geleistet

eCH-Präsident Peppino Giarritta sprach von einer „wichtigen Weichenstellung“, die bevorstehe. Bei solchen Projekten sei es eminent wichtig, die Bevölkerung mitzunehmen. Fragen etwa zur Sicherheit müssten klar und verständlich thematisiert werden. „Für mich persönlich ist klar, dass die e-ID – so wie sie angedacht ist – zurzeit das sicherste Verfahren ist, um sich in der digitalen Welt auszuweisen.“

Ebenso zentral sei ein solides Fundament. Die eCH-Fachgruppe IAM habe sehr früh an dem Thema mitgearbeitet und dazu beigetragen, dass das neue e-ID-Konzept gelungen sei. Es sei austariert und erfülle alle wesentlichen Anforderungen, sagte Giarritta, der seit 2021 als Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) tätig ist. Es widerspiegeln zudem den Willen, selbst etwas zu schaffen, das zur Schweiz passe. Und es strahle digitales Selbstbewusstsein aus. „Wir müssen die Dinge mehr an die Hand nehmen.“ Die Schweiz habe gute Erfahrungen damit gemacht, Bestehendes zu nutzen und weiterzuentwickeln. So habe sie beispielsweise im Strassen- oder Brückenbau Einmaliges geschaffen.

Die e-ID sei ein zentrales Element der Digital-Strategien vom Bund und der DVS. Um sie zu gestalten, sei in einem partizipativen Verfahren eine Vertrauensinfrastruktur geschaffen worden. Von diesen Erfahrungen und vielen neuen Möglichkeiten werde die Schweiz profitieren – unabhängig davon, wie die Abstimmung ausgehe.

## eCH soll mehr Gewicht erhalten

Giarritta äusserte sich ebenso zur geplanten Weiterentwicklung der DVS. Ziel sei es, die Standardisierung voranzutreiben. Einerseits wolle man Entwicklungsprozesse früher anstossen und stärker steuern. Andererseits wolle man Rechtsgrundlagen schaffen, um Standardisie-

rung langfristig verbindlich zu regeln. eCH werde dabei eine wichtige Rolle übernehmen. Der Verein bewege sich ausserhalb der Politik und der engeren Verwaltungsstrukturen, sagte Giarritta auf eine Frage des Moderators Michel Geelhaar. Seine Mitglieder teilten eine sachbezogene Sichtweise. Eine solche brauche es, um die aktuell notwendigen Entwicklungen zu realisieren.



eCH-Vorstandsmitglied Thomas Alabor:  
„Standards fördern das Vertrauen in e-Government-Services.“

„Wir müssen die junge Generation einbeziehen“, sagte Christian Probst, Leiter E-Government & Development Solutions beim Kanton Basel-Stadt (BS) in seinem Referat. Sie erwarte, dass sie eine Dienstleistung nach zwei, drei Klicks erhalte. Das Smartphone werde weiter an Bedeutung zulegen. „Darauf müssen wir uns vorbereiten.“ BS ist daran, eine Mobile-App zu entwickeln. „Basel2Go“ soll Zugang zu einfachen Online-Services der Verwaltung bieten und als Wallet funktionieren, in der sich digitale Nachweise – wie eine Wohnsitzbestätigung oder ein Fischerpatent – speichern und teilen lassen. Die IT-Lösung werde schrittweise umgesetzt, führte Probst aus. Sie werde immer wieder getestet und angepasst. Die Nutzenden würden dabei einbezogen. Sie sollen die App künftig anwenden, um einen Behördentermin zu vereinbaren, sich an die Müllabfuhr erinnern zu lassen oder eine Bescheinigung anzufordern. Die Verwaltung wiederum könnte sie einsetzen, um sich gezielt an einzelne Bevölkerungsgruppen zu wenden und beispielsweise über eine Baustelle vor der Haustüre zu informieren. „Die Technik werden wir im Griff haben“, meinte Probst. Nun brauche es noch Vorgaben, um die Inhalte der digitalen Nachweise schweizweit zu strukturieren und einheitlich zu benennen. Herausfordernd werde es zudem, Kund/innen, die noch nicht technikaffin sind, auf der digitalen Transformation mitzunehmen.

## Lieber „Ausweis“ oder „Bescheinigung“?

Damit eine Wallet funktioniere, müssten schon heute Dutzende von Standards beachtet werden, sagte Rolf Rauschenbach, e-ID-Informationsbeauftragter beim Bund. Sie würden unter anderem das Betriebssystem, die Sicherheit, die Identifikation sowie den Datenschutz betreffen und kämen überwiegend von internationalen Behörden. Die Vorlage zur e-ID gebe klar vor, wie die Wallet technisch umzusetzen sei. Diesbezüglich sei der Verein eCH nicht gefordert. Neue Standards brauche es hingegen für die Inhalte anderer elektronischer Nachweise. Man müsse Formate, Attribute und Semantisches festlegen. So etwa, ob man von einem Ausweis oder einer Bescheinigung spreche. „Das mag trivial scheinen, ist jedoch angesichts des real-existierenden Föderalismus der Schweiz eine Herausforderung.“

Standards seien wichtig, führte Rauschenbach weiter aus. „Sie sind aber nur Mittel zum Zweck, nie eine Lösung.“ Sie seien immer in einem grösseren Zusammenhang zu sehen, in den Organisation, Regularien und Kultur hineinspielen. Erst wenn diese verschiedenen Faktoren harmonierten, komme es zu einem Nutzen. Da stehe man noch vor grossen Herausforderungen.



An der eCH-Abendveranstaltung 2025 standen aktuelle Themen wie die e-ID und Wallet-Apps im Fokus.

## Mehr Tempo dank neuem Vorgehen

Wer seinen Wohnsitz nachweisen müsse, werde je nach Gemeinde mit unterschiedlichen Verfahren, Dokumenten und Gebühren konfrontiert, sagte Tarik Atik, Sektionsleiter Einwohnerdienste Migration Stadt Bern und Vertreter vom Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED). „Da warten wir schon lange auf einen Standard.“ Allerdings sei es aufwändig, sich auf einheitliche Vorgaben zu einigen. „Über einzelne Bezeichnungen kann man stundenlang diskutieren.“

Die rund um die e-ID realisierte Vertrauensinfrastruktur gelte es in Standardisierungsprozessen zu nutzen, sagte Michael Koscevic von der Interoperabilitätsstelle beim Bundesamt für Statistik. Auf der Plattform I14Y sei eine klare Datenstruktur beschrieben. Anders als früher würden Standardisierung und Implementierung heute parallel vorangetrieben. Dadurch komme man schneller vorwärts. „Wenn ein Standard da ist, wissen wir auch, dass es technisch funktioniert.“

Was auf einer Wohnsitzbestätigung abgegeben werde, könne sich durch die Digitalisierung ändern, sagte Daniel Keller, Unternehmensarchitekt Bundeskanzlei und eCH-Fachgruppenleiter Meldewesen. So lasse sich berücksichtigen, dass die Adresse einer Person wechseln könne. Die Laufzeit könne anders bestimmt werden. Keller betonte ebenfalls, dass für die e-ID wertvolle Grundlagen geschaffen wurden. „Diese werden wir so oder so einsetzen können.“

Auch bei einem Ja zur e-ID-Vorlage würde es noch viel zu tun geben, sagte Rolf Rauschenbach. Unmittelbar beim Bund, um die Vertrauensinfrastruktur für den gesetzeskonformen produktiven Betrieb vorzubereiten. Anschliessend bei all jenen Stellen, welche die e-ID anwenden wollten. Nicht zuletzt müsse die Bevölkerung vom Nutzen im täglichen Gebrauch überzeugt werden. Rauschenbach berichtete vom Pilotprojekt zum elektronischen Lernfahrausweise (eLFA). Der Bund hat dieses im Frühjahr 2024 im Kanton Appenzell-Ausserrhodan lanciert und dehnt es jetzt auf die ganze Schweiz aus. Inzwischen sind in sechs Kantonen bereits über 10'000 Ausweise ausgestellt worden, bis Ende Jahr dürften es schweizweit rund 100'000 eLFAs sein.

## „Jetzt kommen wir in der Zukunft an“

eCH-Vorstandsmitglied Thomas Alabor zeigte sich abschliessend zuversichtlich. „Wow, jetzt kommen wir in der Zukunft an“, sagte er im Hinblick auf den Abstimmungssonntag. Dank der Arbeit zahlreicher Expert/innen liege eine zukunftsfähige Lösung vor. Standards förderten das Vertrauen in e-Government-Services. Die Behörden täten gut daran, sie zusammen mit der Wirtschaft sowie der Lehre und Forschung zu entwickeln. Nun gelte es die aufwändigen Vorbereitungen auf die e-ID anzuerkennen. „Irgendwann muss man sich als Gesellschaft darauf einigen, einen Schritt vorwärtszugehen.“

*Eveline Rutz*

Der Verein eCH entwickelt Standards im Bereich E-Government – für eine effiziente digitale Zusammenarbeit zwischen Behörden, Unternehmen und Privaten. Er baut auf die Zusammenarbeit privater und öffentlicher Partner. Neben dem Bund, allen Kantonen und diversen Gemeinden sind über 100 Firmen sowie Fachhochschulen, Verbände und Einzelpersonen Mitglied von eCH. Rund 20 Fachgruppen stellen sicher, dass die Standards mit hoher Qualität und frei von Einzelinteressen entwickelt und gepflegt werden.